

# Der Zertal-Arbeiter

Veröffentlichung und Geschäftsstelle: Berlin O 20, Mauerstr. 2/3  
Erscheinungstermine: 1006, 1076 und 1202. — Die Zeitung  
erscheint jeden Freitag  
Erlaubnisnummer: Zertalprag 2000

Versteht sich selbst — versteht alles!

Abgaben- und Verbandsgebühren sind an Otto Rehm, Berlin O 20,  
Mauerstr. 2/3 (Postfach 1006), zu richten. — Bezugs-  
preis nur durch die Post. Vierteljährlich 6 RM.  
Anzeigenpreis 4 Mark für die dreizehntägige Stelle.

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

## Kampf — kein Friede!

Gerade um die Zeit, da die Kirchenglocken der Christenheit das Fest der Liebe von neuem verkünden, ist die Arbeiterschaft gezwungen, rundum im Reiche die schmerzlichen Kämpfe auszutragen. Das Kampfgeschrei einer armen gequälten Menschheit überdröhnt die Kirchenglocken. Die frohe Botschaft — Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen — die vieltausendfältig verkündet wird, kann die Herzen der Menschheit nicht entflammen. Die Wirklichkeit ist gar zu rau und hart. Rundum soziale und geistige Not. Von Sorge und Not zermürbt und abgekämpfte Menschen, die für nichts mehr empfänglich sind. Die in Not und Elend Versinkenden verlangen nach Brot, Wohnung und Kleidung. Der Heilbalsam, der den Darbenden helfen kann, muß mehr sein denn salbungsvolle Worte. Er darf auch nicht aus Almosen bestehen, für die sie danken sollen, sondern in dem

Die Gewerkschaftsbewegung hat sich ein großes kulturelles Verdienst erworben in der Bildung der Arbeiterklasse. Sie hat die Arbeiter herausgehoben auf eine hohe kulturelle Stufe, auf eine Stufe, die sie befähigt, den Kampf mit Erfolg für die darbenende Menschheit zu führen. Diese Erkenntnis mußte Gemeingut aller Arbeiter sein. Leider ist dem noch nicht so, deshalb appellieren wir an unsere Kollegen und Kolleginnen, daß sie das Weihnachtsgesetz zu reger Agitation benötigen, um die Fernstehenden der Organisation zuzuführen. Die Zeit drängt, der Feind ist am Werke, die letzten Reste der republikanischen Errungenschaften zu vernichten. Deshalb, Kollegen und Kolleginnen, schürt die Flamme der Begeisterung. Zündet an die Herzen der Fernstehenden, damit sie teilnehmen am Kampfe. Richtet die Ber-

### höheren Lohn, erhöhter sozialer Fürsorge.

Die Arbeiterschaft erhebt Anspruch auf eine menschenwürdige Existenz. Jedes einzelne Glied der Gesellschaft hat ein Recht aufs Leben. Für die sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Arbeiterschaft zeigt ein brutales Unternehmertum, bei dem das Profitstreben jedes menschliche Gefühl überwuchert, nicht das geringste Verständnis. Es macht deshalb der Arbeiterschaft den Anspruch auf menschenwürdige Existenz freitig. Der Arbeiter soll innerhalb der menschlichen Gesellschaft der Paria bleiben. Er soll arbeiten, solange es der Unternehmer wünscht und soll verstoßen werden mit den Brocken, die von den Herrenherrschaften fallen.

### Deshalb in Nord und Süd, in Ost und West der Kampf.

Die Arbeiterschaft hat ihre Forderung auf erhöhten Lohn, kurze Arbeitszeit, erhöhten sozialen Schutz nicht gestellt aus Freude am Kampf, sondern die Aufrechterhaltung einer kümmerlichen Existenz hat ihr den Kampf aufgezwungen. Aus Pflichtgefühl gegen sich selbst, im Interesse der Kinder, aus Solidarität gegenüber der gesamten Arbeiterklasse, geht der gewerkschaftlich organisierte Arbeiter in den Kampf. Die Zielsetzung des Kampfes gilt einer höheren Kultur, aus welcher Freude und Wohlgefallen für die Menschheit blühen soll. Das Unternehmertum kämpft um die Aufrechterhaltung eines überlebten Herrschertums, das in der Ausbeutung seines Nebenmenschen wurzelt.

### Hier schwarze Reaktion, dort ein zäher Kampf um Brot, Freiheit, Licht — und Menschwerdung.

Die Kämpfe der Arbeiterschaft in der Gegenwart, das Verhalten der Unternehmer gegenüber der Arbeiterschaft, legt die Klassengegensätze der kapitalistischen Gesellschaft offen. Der kapitalistische Unternehmer erblickt im Arbeiter nur das Gastier, auf dessen Schulter die gesamte Bürde der Gesellschaft aufgeladen wird. Um eine gerechtere Verteilung der Lasten, um eine gerechtere Verteilung der Kulturgüter dreht sich der Kampf der Arbeiterschaft. Der Arbeiter will nicht allein im Schatten Fronddienste für die Gesellschaft leisten, er verlangt nach sozialer Gerechtigkeit und Befriedigung seines kulturellen Strebens.

Der Arbeiter will nicht mehr hungern, während andere die Früchte seiner Arbeit verprassen;

er will nicht länger im Schatten verkümmern, während andere im Lichte wandeln;

er will nicht länger in ungesunden Wohlföchern körperlich und geistig zugrunde gehen, während andere in Palästen wohnen;

er will nicht länger von den Bildungsstätten verstoßen werden, während der zahlungsfähige Mob sich dort austobt.

Zum Weihnachtstfest, dem Fest der Liebe, treten die Gegensätze der kapitalistischen Gesellschaft besonders hervor. Während ein Teil der Gesellschaft sich mit Gaben erfreut, gibt es Millionen, die keine Arbeit, kein Brot, keine Wohnung besitzen, deren Herz kein Lichterbaum erfreut, die im Finsternen ihren Weg suchen müssen. Diesen Ausgestoßenen aus der Gesellschaft wird kein Heiland geboren. Belastet mit allen Ausflüssen und Uebeln der kapitalistischen Gesellschaft, kommen Tausende in Not und Elend um. Sie sind letzten Endes nicht mehr fähig, Liebe zu schenken, sie halten die Menschheit.

Die Zeit mahnt die Arbeiterschaft, die fortgesetzt dem Unwillen der kapitalistischen Gesellschaft ausgesetzt ist, zusammenzustehen und im vereinten Kampfe eine Besserung dieser traurigen Verhältnisse herbeizuführen

Die Gewerkschaftsorganisation verleiht der Arbeiterschaft die geistige und materielle Rüstung zum Kampfe um eine bessere Existenz. Das Pflichtgefühl eines jeden einzelnen Arbeiters erheischt es, daß er sich der Gewerkschaftsorganisation anschließt und den Kampf der organisierten Arbeiterschaft mitunterstützt.

### Der geschlossene Kampf des Unternehmertums gegen die Arbeiterklasse erfordert den geschlossenen Kampf der Arbeiterklasse.

Dieser Kampf ist schwer und nur schrittweise ein Vordringen möglich. Nicht von heute auf morgen kann die Fesslung des Kapitals gestürzt werden, sondern nur im zähen, andauernden Kampfe. Dieser zähe, andauernde Kampf kann aber nur von denen geführt werden, die die nötige geistige Reife besitzen und die Zusammenhänge der kapitalistischen Wirtschaft kennen. Bildung und Wissen sind die wichtigsten Voraussetzungen zur Führung dieses schweren Kampfes.

## Rationalisierung und Lebenshaltung.

Unternehmerwünsche. Das Tempo ist zu schnell, darum Drosselung der Lohnforderungen. Halbe Rationalisierung heißt Verschärfung der Arbeitsmarktkrise.

Zunächst eine Vorbemerkung. Unter den Wirtschaftstagungen, die uns alljährlich der Winter bringt, steht die Jahresversammlung des Verbandes der Deutschen Elektrotechnischen Industrie zweifellos mit an erster Stelle. Die diesjährige Tagung verdient überdies besondere Beachtung durch eine Rede des früheren Wirtschaftsministers v. Raumer, der ein Abstoppen der augenscheinlich immer mehr zur Unternehmerkrise werdenden Arbeitsmarktkrise durch Drosselung der Lohnansprüche, eventuell mit gesetzlichen Maßnahmen, empfahl. Herr v. Raumer hat die Tagungen seines Verbandes des öfteren benutzt, um die Taktik des im Reichsverband der Deutschen Industrie organisierten Unternehmertums zu beeinflussen oder die Öffentlichkeit auf neue Maßnahmen bzw. auf eine veränderte Stellungnahme der Industrie vorzubereiten. Das ist der Grund, weshalb wir uns hier mit den Ausführungen v. Raumers auseinandersetzen wollen und müssen.

Herr v. Raumer ging in seinen Ausführungen davon aus, daß man die früheren Krisen immer wieder durch Senkung des Preisstandes meist durch Verkäufe bis unter die Grenzen der Selbstkosten, vor allem aber durch Senkung der Löhne und Erhöhung der Arbeitszeit zu überwinden versucht hat. Nach diesem Rezept ist, wie Raumer darlegte, auch die Krise im englischen Bergbau gelöst worden. Man kam zu einer Erhöhung der Arbeitszeit und zu einer allgemeinen Lohnsenkung mit dem Erfolg, daß sich die Produktionskosten um fast 20 Proz. verminderten. Diesen Weg konnte man in Deutschland zur Überwindung der Krise nicht einschlagen. Herr v. Raumer stellte in seiner Rede auf der Elektrotagung fest: In Deutschland wurde der Standard des Lohnes und der Arbeitszeit von den Gewerkschaften festgehalten und lieber eine länger dauernde Arbeitslosigkeit als eine Senkung des Standards in Kauf genommen. Nach diesen Darlegungen sind also die Gewerkschaften schuld an den Verschärfungen auf dem Arbeitsmarkt.

Wir pflichten Herrn v. Raumer bei, wenn er die Wirtschaftskrise und Arbeitsmarktkrise auf die Uebersetzungen in der Preisentwicklung zurückführt. Die überlebensfähige Ware bedeutet selbstverständlich eine Verminderung der Kaufkraft und mußte der Ausgangspunkt der Krise in der Wirtschaft werden, die sich vorzugsweise als Absatzkrise darstellt. Nun beruht die Preisüberhöhung in Deutschland ganz allgemein gegenüber den übersehten englischen Kohlenpreisen auf menschlich anderen Ursachen. Der englische Bergbau erlebte auch nach dem Kriege beispiellose Konjunkturen. Diese ermöglichten eine durchaus anormale Preisstellung, die sich wiederum in der Lohngestaltung auswirkten mußte. Es dürfte unbestritten sein, daß das Lohnniveau des englischen Bergmannes immerhin einen Ueberschuß über das Existenzminimum hinaus ergab, was in Deutschland, ganz allgemein genommen, nicht der Fall ist. Für die Uebersetzung des englischen Kohlenpreises spielte auch der Bergarbeiterlohn zweifellos eine Rolle, die immer wichtiger wurde, je mehr es sich herausstellte, daß der englische Bergbau wirtschaftstechnisch rückständig war und zu teuer produzierte. Im Grunde genommen ist also die unterlassene Rationalisierung die Quelle für die Preisüberhöhung der englischen Kohle. Die deutsche Industrie trat mit äußerst niedrigen Löhnen und mit übersteigerten Warenpreisen in die Stabilisierung ein. Jedenfalls veranlaßten die steigenden Löhne während der Jahre 1924/25 die deutsche Rationalisierung, die wirtschaftstechnische Umstellung mit dem Ziel einer Senkung der Gestehungskosten. Hätte man die deutsche Rationalisierung auch nur einigermaßen unter Beachtung der Entwicklung in unserer Volkswirtschaft durchgeführt, so hätten sich die zweifellos vorhandenen Erfolge der Rationalisierung in einem verbilligten Warenpreis bzw. in einem gesteigerten Reallohn auswirken müssen. Das rationalisierende deutsche Unternehmertum ließ sich aber nur von Rücksichten auf seinen Profit leiten. Das kann man privatkapitalistisch verstehen, wenn man bedenkt, in welchem Maße die stützigen Mittel der Werke in Folge der Marktentwertung zusammengeschmolzen waren, und wenn man überlegt, wie bedenklich sich der durch die Banken auf die Werke ausgeübte Einschnitt auswirkte. Volkswirtschaftlich betrachtet ergibt sich aber, daß sich der Unterschied zwischen den infolge der Rationalisierung sinkenden Gestehungskosten und den durch Kartellmaßnahmen behaupteten oder sogar steigenden Warenpreisen, die sogenannte Profitquote, immer mehr vergrößerte. Sie wurde in der Hauptsache zur Kapitalbildung, weiter auch zu den durch die Rationalisierung gebotenen Zusammenstößen und Neuanlagen benutzt. Zu guter Letzt gingen aber die so verwandten Summen zu Lasten des Verbrauchers. Die nominelle Lohnerrhöhung, auf die sich immer das Unternehmertum beruft, war im Grunde genommen keine Erhöhung des Reallohns. Das bedeutete eine Drosselung der Kaufkraft. So führte die vorgenommene Rationalisierung in Deutschland gerade wie die unterlassene Rationalisierung im englischen Bergbau zur Krise in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt.

Die deutschen Gewerkschaften haben sich nun, wenn sie sich entschlossen, den Standard des Lohnes und der Arbeitszeit auf jeden Fall zu behaupten, von der Erkenntnis dieser Zusammenhänge leiten lassen. Niemals haben sie sich gegen eine Verbilligung der Warenpreise gestraut. Das wäre auch

## Weihnacht

Nicht die Kerzen, die heut brennen

Wenden sie, die uns bedroht;

Nicht, den sie Erlöser nennen

Kann beenden unsre Not.

Nicht mit Singen, nicht mit Beten

Kann die Armut sich befreien;

Wozu werden wir getreten,

Wenn wir uns nicht selbst befreien.

Darum laßt die andern flennen;

Heller als der Weihnachtsbaum

Soll in unsern Herzen brennen

Immergrüner Freiheitstraum.

Erich Grisar

zagten und Verzweifelten auf, zeigt ihnen den Weg zur Organisation. Nur durch die Organisation können die Wunden der rauhen Gegenwart geheilt werden. Vergesse das Streites und des Haders, findet euch zu einmütigem Streben zusammen. Verzehren wir uns nicht wieder im Streit, sondern finden wir uns in Liebe zusammen, zum Kampfe für das hohe Ziel. Das Ziel des Kampfes gilt der Menschwerdung aller derer, die Menschenansehen tragen. Trotz der Friedensschalmei wird es keinen Frieden geben zwischen Kapital und Arbeit, solange dem Arbeiter sein Lebensrecht durch ein übermütiges Unternehmertum bestritten wird. Deshalb, auf zum Kampfe: Aviez den Palästen, Friede den Hütten!!

## Zum Lohnkampf in Mittel- und Westsachsen.

Aus Dresden erhalten wir nachstehende telegraphische Mitteilung:

Am 17. Dezember fanden unter dem Vorsitz des Landesrichters, Oberregierungsrat Brand, in Dresden im Arbeitsministerium über die Lohnstreitfrage der Textilarbeiter für Mittel- und Westsachsen Verhandlungen statt, die sich bis zum 18. früh 3 Uhr hinzogen. Da eine freie Vereinbarung nicht erzielt werden konnte, wurde ein Schiedsgericht bestellt, der für alle Akkord- und Zeitlohnarbeiter 6 Proz. Lohnerrhöhung vorsteht. Die Parteien befrachten sich eine Erklärungsfrist bis zum 22. Dezember vor. In Anbetracht der Kart zurückgebliebenen Löhne in Sachsen gegenüber anderen Industriebezirken und unter Berücksichtigung dessen, daß in Sachsen eine große Anzahl von Spezialarbeitern beschäftigt ist, kann das Ergebnis in keiner Weise befriedigen.

Der Schiedspruch für die Lausitzer Tuchindustrie, den wir in voriger Nummer veröffentlichten, wurde ebenfalls von den Arbeitgebern abgelehnt. Die Gewerkschaften haben die Verbindlichkeitsklärung des Spruches beim Reichsarbeitsminister beantragt.

**Inhalt:** Kampf — kein Friede! — Weihnacht (Gebicht). — Zum Lohnkampf in Mittel- und Westfalen. — Rationalisierung und Lebenshaltung. — Der Kampf in M.-Glabbad, Rheydt und Umgegend. — Bundesauschussfugung. — Die „Kote Fahne“ schimpft! — Frauenteil. — Ein Wort an die Alten. — Ein sogenanntes „Fabrikgesetz“ in England. — Verschie aus Fachkreisen. — Eingegangene Bücher. — Achtung! Drucker. — Bekanntmachungen.

Unfug gewesen, weil die Warenpreisverbilligung bei gleichbleibenden Nominallohnen Steigerung des Reallohns bedeutet. Sie haben nur den vom Unternehmertum empfohlenen Kurs einer Arbeitszeitverlängerung und einer Lohnkürzung nicht mitgemacht, weil die Warenpreisverbilligung, deren Möglichkeit mit den Erfolgen in der Rationalisierung gegeben war, nicht eintrat. Mit anderen Worten heißt das, die Gewerkschaften haben nicht ein, ein Opfer zu bringen, das das deutsche Unternehmertum nicht bringen wollte. Wenn Herr v. Raumer auf die Arbeitszeitverlängerung und auf die Lohnkürzungen im englischen Bergbau verweist, und auf sie allein die Ueberwindung der Krise im englischen Bergbau zurückführen will, so vergißt er leider, daß die Krisenüberwindung im englischen Bergbau neben Lohnkürzungen und Verlängerung der Arbeitszeit auch noch auf wesentlich anderen Dingen beruht. Wir verweisen nur auf die im Gang befindliche Fusionierung in der englischen Kohlenindustrie. Die gemeldete Vereinigung der Amalgamated Anthracite Colliers Ltd. mit den United Anthracite Colliers Ltd. bringt die Anthrazitgewinn in Südwestes mit Ausnahme des Henderson Syndicates, der der Vereinigung wohl früher oder später beitreten wird, unter einen Hut. Das Kapital der neuen Gesellschaft beträgt aber nur 5 Millionen Pfund Sterling, während die beiden vereinigten Gesellschaften vor ihrem Zusammenschluß über je 4,25 Millionen Pfund Sterling verfügten. Die Neufestlegung des Aktienkapitals bedeutet für die einen selten scharfen Kapitalschnitt, und das Opfer wird anscheinend von den Engländern ohne Sträuben gebracht, was leider nicht der Fall bei dem deutschen Beifug ist, der immer noch vor einer Liquidierung unrentabler Substanz zurückschreckt und vielfach, im Rahmen einer Ueberkonzernierung und Bindung, die ihm auf Grund der Rationalisierung zuzuführenden Mittel für einen hoffnungslosen Versuch verwendet, unrentable Substanz zu erhalten. Das deutsche Preisartikell ist zu einer Lebensversicherung unrentabler und lebensunfähiger Betriebe geworden, das die Volkswirtschaft durch überhöhte Preise trifft und immer kostspieliger wird. Da das deutsche Unternehmertum mit Hilfe des Preisartikells in der Lage war, unter allen Umständen seine Profitquote zu behaupten, wären schließlich die Gewinne aus Arbeitszeitverlängerung und Lohnkürzungen nur rückständigen Betrieben zugute gekommen. Im Interesse unserer Wirtschaft und der wirtschaftstechnischen Umstellung hätte das nicht gelegen.

Aber auch in anderer Beziehung haben die Gewerkschaften, wenn sie sich der Lohnkürzung und Arbeitszeitverlängerung widersetzen, die volkswirtschaftliche Rechtfertigung. Man kann schließlich nur Löhne kürzen, wenn das Lohnverhältnis größer ist als das Existenzminimum. Ist das nicht der Fall und nimmt man die Lohnkürzung trotzdem vor, so drohelt man eben Kaufkraft und Warenabsatz, was zur Krise führen muß. In England scheint die Lohnreduktion allenfalls möglich gewesen zu sein. In Deutschland bei seinen Niedrigstlöhnen nicht. Hätte man bei uns doch die Löhne allgemein gekürzt, so hätte das eine Verschärfung der Wirtschaftskrise und Arbeitsmarktkrise und weitere Arbeitslosigkeit für Hunderttausende bedeutet. Das v. Raumer'sche Rezept einer Lohnkürzung auf jeden Fall ohne Rücksicht auf Kaufkraft und Markt mußte die Krise verschärfen und abermals Hunderttausende zur Arbeitslosigkeit verdammen; der Widerstand der Gewerkschaften, die Behauptung des Standards des Lohns und der Arbeitszeit hat das verhindert.

Festzustellen ist also folgendes: Die Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt ist eingetreten, weil sich unter Einfluß der vom deutschen Unternehmertum betriebenen Politik der überhöhten Preise Kaufkraft und Warenabsatz verringerten, weil die vorgenommene Rationalisierung vielfach volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigten Zwecken diente und ihre Erfolge in übertriebenstem Ausmaß (Kapitalneubildung, Neuanlagen, Fusionierungen usw.) für andere Erfordernisse verwendet wurden als für die Preisentkung, der Steigerung des Reallohnes, der Kaufkraft und des Warenabfahes. Wenn die Gewerkschaften nun mit der Forderung nach Erhöhung des Nominallohnes hervortreten, so ist das durch die oben gekennzeichnete Politik des Unternehmertums geboten und eine volkswirtschaftlich durchaus gebotene Korrektur derselben. Herr v. Raumer aber folgert: Die Lebensansprüche aller Arbeiter der Welt haben steigende Tendenz. Das zwingt zur vermehrten Rationalisierung, insbesondere der Mechanisierung. Hatte nun aber gerade die Mechanisierung zunächst nur den Arbeitsmarkt belastet, Arbeiter freigestellt, so bedroht das gesteigerte Tempo jetzt auch die Unternehmer. Deshalb die Forderung von Raumer, eventuell mit gesetzlichen Mitteln auf dieses Tempo einzuwirken. Wer so folgert und argumentiert, hat sicherlich den Sinn der ganzen Rationalisierung nicht verstanden, was für das deutsche Unternehmertum zutrifft. Die Rationalisierung an und für sich, wie sie sich vorzugsweise in der Mechanisierung darstellt, verschärft selbstverständlich die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Neue Arbeitsmöglichkeiten werden erst geschaffen, indem man auf dem der durch die billigere Produktion ermöglichten besseren Lebenshaltung (größere Kaufkraft, vermehrter Bedarf) die Verfeinerungsindustrie, zur Befriedigung gesteigerter Bedürfnisse aufbaut. Die Erfolge der Rationalisierung müssen also folgerichtig die Erweiterung in der Verfeinerungsindustrie, der Veredelung, finanzieren. Soweit folgt v. Raumer getriebenen Grundfahen der Rationalisierung. Wenn er sich gegen die gesteigerten Lebensansprüche der Arbeiter wendet, will er nur dem Unternehmertum einen größeren Teil an den Erfolgen der Rationalisierung sichern; denn das Unternehmertum wird selbstverständlich auch bei gedrosselten Lohnansprüchen weiter rationalisieren. Dazu zwingen eine ganze Reihe von Umständen und Zusammenhängen, die mit den

Lohnansprüchen der Arbeiterschaft und mit der Stellung der Gewerkschaften gegenüber dem Standard der Arbeitszeit und des Arbeitslohns nicht das geringste zu tun haben. Herr v. Raumer vergißt nur die alte Wahrheit, daß jede Produktion den entsprechenden Markt haben muß. Der Markt kann aber nur für eine beschleunigt arbeitende Produktion durch vermehrte Kaufkraft, also durch vermehrten Anteil der Arbeiterschaft an den Erfolgen der Rationalisierung geschaffen werden. Dahin treibt nicht sozialpolitische Sentimentalität, sondern Wirtschaftsnötwendigkeit. Hinter den Lohnansprüchen der Gewerkschaften steht eben der Zwang zur Veredelung, die nur allein den Arbeitsmarkt in Ordnung bringen kann, nachdem ihn eine Rationalisierung in Unordnung gebracht hat, die keineswegs überstürzt und überhastet war; wohl aber falsch, weil man eben in dem Maße, wie man die Rationalisierung vorwärts trieb, nicht eine Stärkung der Kaufkraft, die Unbahnung der Veredelung und Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten in der Verfeinerung, vornahm. Diese Unterlassung hat zur Wirtschaftskrise und zur Arbeitsmarktkrise geführt. Was Herr v. Raumer vorschlägt, das Abstoppen des Tempos in der Rationalisierung über den Umweg einer Drosselung der Lebensansprüche ist dieselbe Krisenpolitik. Die Arbeiterschaft muß sie geschlossen abwehren. Sie heißt Vermehrung ihres Glends und besonders des Arbeitslosenlends. Und auch die Regierungsstellen dürften aus der gegenwärtigen Krise so viel gelernt haben, um den Vorschlag Herrn v. Raumer's



Junge: Vater, warum hoffst du mir keinen Weihnachtsbaum? Vater: Ich wollte gern, aber lieber Junge, ich kann nicht, das Geld fehlt.  
Junge: Wo haben denn Fabrikbesitzer das Geld her? Vater: Wir Arbeiter haben es ihnen durch Fleiß erarbeitet und uns haben die Fabrikbesitzer zum Weihnachtsfest ausgesperrt.

gegenüber die nötige Zurückhaltung zu bewahren.

Aber noch etwas anderes interessiert an den Ausführungen v. Raumer's. Wenn wir ihn richtig verstanden haben, kann ein großer Teil des deutschen Unternehmertums in dem sich vollziehenden Rationalisierungsprozeß nicht mehr so recht mitkommen. Das nennt man gemeinhin Rückständigkeit. Die deutsche Arbeiterschaft und die deutschen Verbraucher haben aber bis jetzt schon genug Opfer gebracht, um solche überholten und rückständigen Existenzen zu halten. Man hat sie konserviert durch eine beispiellose Verzerrung der Produktionsgemeinschaften in ein unerhörtes Preisartikellunternehmen, die mit ihrer Substanz heute höchstens noch eine Rolle auf dem Schrottmittel spielen dürften, sind immer noch vorhanden, weil das Preisartikell für sie eine Lebensversicherung ist. Man kann nun auch die Ausführungen v. Raumer's dahin deuten, daß die Sozialpolitik für rückständige Unternehmer den Betrieben in der deutschen Industrie, die es verstanden haben, sich auf der Höhe zu halten, doch allmählich selbst zu teuer wird. Begreiflich wird das, wenn man bedenkt, in welchem Maße die Regelung des Abfahes bzw. die Bindung der Preise die in Frage kommenden Werke an der Ausnutzung ihrer vollen Leistungsfähigkeit hindert, die schließlich erst die Betriebe rentabel macht. Einmal muß allerdings der Augenblick kommen, wo die lang erwartete Krise im deutschen Kartellwesen akut wird. Sie ist für die Vereinigung unseres Wirtschaftslebens notwendig, und wenn sie durch die steigenden Lebensansprüche der Arbeiterschaft beschleunigt wird, ist das ganz entschieden für unsere Wirtschaft ein Plus.  
Friedrich Dll.

**Der Kampf in M.-Glabbad, Rheydt und Umgegend.**

Wir teilten in der vorigen Nummer des „Textil-Arbeiter“ den Beschluß der Textilindustriellen dieses Bezirks mit, nach dem die Gesamtarbeiterschaft zum 24. Dezember ausgesperrt werden soll, falls die Passierer die Kündigung nicht zurückziehen. Inzwischen hat jedoch der staatliche Schlichtungsausschuß M.-Glabbad eingegriffen. Bereits am 10. Dezember fanden die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß statt. Die Vorverhandlung scheiterte auch diesmal an dem Starrsinn der Unternehmer. In der nun folgenden Schlichtungsverhandlung wurde folgender Schiedspruch gefällt:  
1. Der Tariflohn des Tarifs vom 24. August 1925 werden von der laufenden Lohnperiode ab wieder in Kraft gesetzt mit der Maßgabe: Alle Zeit- und Akkordtariflöhne werden von der laufenden Lohnperiode ab um 10 Proz. erhöht. Die in den ein-

zelnen Betrieben und Branchen bestehenden Akkordtariflöhne werden von der laufenden Lohnperiode ab um 4 Proz. erhöht.  
II. Der Tarifvertrag für die Passierer wird wie folgt geändert:  
1. Unter A2 und B2 wird das Wort Passierer ersetzt durch das Wort „Passieren“.  
2. Unter A1 und B1 muß es im 1. Satz heißen statt „männliche Passierer“ „männliche und weibliche Passierer“.  
3. Bei A3 und B4 fallen die Worte „Passiererrinnen im Akkord“ und die zugehörigen Prozentzahlen fort. Bei B fällt Nr. 3 fort.  
4. Männliche und weibliche Passierer, die eine 6jährige Tätigkeit als Fadenangeber und Passierer nachweisen, 124 Proz.: Akkordstundenlohn 63,2 Pf., Akkordrichtsatz 69,5 Pf., Endspanne 79 Pf.  
5. Einheitlicher Akkordgrundlohn, der in gleicher Höhe für alle Buchstabenbereien gilt, für 90 Faden bis 12 Schaft = 7,8 Pf.  
6. Aufschläge für doppeltbreite Ketten unter 1000 Faden 10 Prozent. Passierungen von 12—16 Schaft = 7 1/2 Proz., von 17—20 Schaft = 7 1/2 Proz., von 21—24 Schaft = 5 Proz., ab 24 Schaft = 5 Proz.  
7. Für den zweiten Baum auf Akkordgrundlohn 10 Proz.  
8. In den Fällen, wo der Passierer — Passiererin — in Akkord beschäftigt wird, muß auch der Fadenangeber Akkordlohn erhalten.  
9. Fadenangeben im Zeitlohn nach Alter + 10 Proz., im Akkord bei einem Alter von 14—15 Jahren 35 Proz., von 15 bis 16 Jahren 50 Proz., von über 16 Jahren 60 Proz. des Lohnes des zugehörigen Passierers.  
10. Erfolgt die Beschäftigung im Zeitlohn, wird Akkordrichtsatz gezahlt.  
11. In den Fällen, wo Fadenangeber ans Passieren gesetzt werden, ist bei gleichen Leistungen auf die ältesten Fadenangeber zurückzugreifen.  
12. Bei anderweitiger Regelung bzw. Neufestlegung des Stundenlohnes für den Hilfsarbeiter über 22 Jahre ändern sich die Akkordstundenlöhne usw. und auch der einheitliche Akkordgrundlohn in gleichem Prozentverhältnis.  
III. Maßarbeiter erhalten einen Zuschlag von 3 Proz. vom Hilfsarbeiterlohn.  
Der Schiedspruch wurde von den Arbeitgebern abgelehnt. Die Arbeitnehmer haben ihn angenommen und werden seine Verbindlichkeitserklärung beantragen.

**Bundesauschussfugung.**

**Notgesetz und Ueberstunden.**

Am 11. Dezember trat der Bundesauschuss des ADGB im Hause des Reichswirtschaftsrats in Berlin zu seiner sechsten Sitzung zusammen. An der Sitzung nahmen auch die Redakteure der Gewerkschaftsblätter und die Bezirkssekretäre des ADGB teil. Zu Beginn der Sitzung gedachte Leipart des verstorbenen Genossen Robert Dühmann, der in dieser Sitzung des Bundesauschusses zum ersten Male fehlte. Schon bei seiner Beisetzung in Stuttgart haben die deutschen Gewerkschaften dem Verstorbenen die Ehre erwiesen, die er als Vorsitzender des Deutschen Metallarbeiterverbandes und als einer der rühmlichsten und tapfersten Mittkämpfer der Arbeiterbewegung verdiente. Trotz mancher Meinungsverschiedenheiten und lebhafter Auseinandersetzungen mit ihm haben wir alle, sprach Leipart aus, Dühmann wegen seines glühenden Interesses für die Bewegung geschätzt, geachtet und geliebt. Zugleich gedachte Leipart des verstorbenen Genossen Himpel vom Vorstande des Verkehrsburdes. Auch er verdiente als einer der Alten und Treuen das gleiche ehrende Gedenden.

Gegenstand der Beratungen des Bundesauschusses war die Verlegung der Arbeitszeit. Genosse Leipart berichtete einleitend über die seit der letzten Bundesauschussfugung abgehaltenen Besprechungen und Verhandlungen mit den anderen Spitzenorganisationen und der Regierung über die Frage eines Notgesetzes zur Verlegung der Arbeitszeit und zur Befestigung des Ueberstundenmehmens. Leipart nahm auch Bezug auf die parlamentarische Situation in diesem Augenblick. Diese Situation müßte vom Bundesauschuss geprüft werden. In jedem Falle halte er eine energische Propaganda für die Forderung der Gewerkschaften für notwendig.

Grafmann machte sodann dem Bundesauschuss Mitteilung von den Verhandlungen mit den Gewerkschaftsvertretern in den Fraktionen der bürgerlichen Parteien des Reichstags und über die damit im Zusammenhang stehenden Verhandlungen mit Regierungsvertretern. Er erläuterte gewisse Angebote der Regierung und der Regierungsparteien zu der von den Gewerkschaften aufgeworfenen Frage der Arbeitszeit im einzelnen und zeigte, welche Gegenwortschläge die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion diesen Angeboten entgegengesetzten. Die Vorschläge der Regierung sowie der Regierungsparteien kennzeichnete Grafmann dahin, daß sie eher eine Verschlechterung denn eine Verbesserung des geltenden Rechts sind. Auch mit den vom Arbeitsminister bereits herausgegebenen und weiterhin in Aussicht gestellten Verfügungen an die Schlichtungsbehörden und Gewerbeaufsichtsbeamten können sich die Gewerkschaften nicht zufrieden geben.

Genosse Spliedt ging, anknüpfend an Grafmanns Darlegungen, noch einmal ein auf die von der Regierung und den Regierungsparteien gemachten Angebote und kennzeichnete die praktischen Folgen, die eine Verwirklichung dieser Vorschläge haben würde. Die Regierung setze auf dem Standpunkt, daß sie keine vorläufige Regelung der Arbeitszeitfrage vornehmen, sondern die endgültige Regelung im Arbeitsschutzgesetz, dessen Entwurf jetzt vorliegt, anstreben werde. Spliedt besprach diesen Entwurf. Von den früher vorgetragenen Wünschen der Gewerkschaften enthält der neue Entwurf nichts. Ueberall finde man dagegen in dem Entwurf deutliche Spuren des Einflusses der Arbeitgebergruppen. Was der Entwurf bietet, sei ein Irrgarten; in einem solchen Gesetz würde sich nur ein enger Kreis gewichtigster Fachleute wirklich zurechtfinden.

Ferner machte Spliedt Mitteilungen über die vom Bundesvorstand unternommenen Ermittlungen über den Umfang der gegenwärtig geleisteten Ueberarbeit. Es könne gar nicht die Rede davon sein, daß die Ueberarbeit in diesem, bei den Ermittlungen festgestellten Ausmaße nur gefordert und geleistet werde, um dringenden wirtschaftlichen Notwendigkeiten zu genügen.  
In der nun folgenden ausgedehnten Debatte fand die in den Referaten zum Ausdruck gekommene kritische Beurteilung der Haltung der Regierung und der Regierungsparteien zur Frage der Arbeitszeit ungeteilte Zustimmung. Allgemein wird die Auffassung vertreten, daß es in dieser Lage nicht sein Bewenden haben könne bei der parlamentarischen Aktion zur Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen zur Arbeitszeit, sondern daß es notwendig sei, in eine große Aktion zur Aufrüttelung der Mitgliedschaften und zur Befestigung des Ueberstundenmehmens einzutreten. Zahlreiche Anregungen zur Durchführung einer solchen Propaganda wurden von verschiedenen Diskussionsrednern gegeben. Die vom Bundesvorstand in der Frage der Arbeitszeit bereits unternommenen Schritte fanden die volle Billigung des Bundesauschusses. Der Bundesvorstand wurde beauftragt, seine Bemühungen fortzusetzen. Die Verbandsvorstände gaben einmütig die Zusage, daß auch sie eine energische Propaganda für die Wiederherstellung der achtstündigen Arbeitszeit sofort beginnen werden. Im einzelnen wurde in der Diskussion folgendes ausgeführt:  
Genosse Umbreit wies darauf hin, daß die Beratung des Arbeitszeitgesetzes eine so lange Zeit in Anspruch nehmen werde, daß die Gewerkschaften gar nicht daran denken dürfen, wegen der Aussicht auf das Arbeitsschutzgesetz auf das Notgesetz zu verzichten. Die Gewerkschaften müssen vielmehr alle verfügbaren Kräfte in Bewegung setzen, um eine starke Propaganda für das Notgesetz zu entfalten.  
Simon (Schuhmacher) teilt mit, daß in der Schuhindustrie in manchen Betrieben trotz verringerter Arbeiterzahl täglich mehrere

Ueberstunden gemacht werden. Auch er spricht sich für eine entzogenen Propaganda gegen das Ueberstundenwesen und für den Achtstundentag aus. Genosse Dr. Meyer, Bezirkssekretär in Düsseldorf, gibt praktische Anregungen zur Ausgestaltung einer solchen Propaganda. Reichel (Metallarbeiter) betont, daß ein Propaganda-feldzug für das Notgesetz zugleich Vorarbeit für die Verbesserung des Entwurfs zum Arbeitschutzgesetz und eine Aktion zur Stärkung der Gewerkschaften im allgemeinen wäre. Dittmer (Gemeinde- und Staatsarbeiter) hebt hervor, daß es bei einer Aktion zur Beseitigung der Ueberstunden auf den Willen der einzelnen im Betriebe ankommt. Diesen Willen auszurichten sei eine wichtige Aufgabe. Jädel (Textilarbeiter) weist darauf hin, daß in der Textilindustrie in allerjüngster Zeit Schiedsgerichte zwecks tariflicher Regelung der Arbeitszeit gestiftet worden sind, die im trassen Widerspruch stehen zu den Weisungen des Reichsarbeitsministers an die Schlichter, nach denen diese gleichfalls auf eine Einschränkung von Ueberarbeit hinwirken sollen. Auch Jädel betont, daß es nicht geboten erscheint, sich auf den parlamentarischen Weg allein zu verlassen, sondern daß es notwendig ist, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit hinzulenken auf die groben Mißstände, die hinsichtlich der Arbeitszeitdauer in den Betrieben herrschen. Bernhard (Baugewerksbund) führt Beschwerde darüber, daß selbst bei Notstandsarbeiten der Achtstundentag nicht eingehalten wird. Auch dagegen müsse vorgegangen werden. Hufemann (Bergarbeiter) macht Mitteilungen über Bemühungen des Bergarbeiterverbandes zwecks Einschränkung der Ueberstunden im Bergbau. Im mittel-europäischen Revier hat der Bergarbeiterverband das geltende Arbeitszeitabkommen bereits gestündigt, um dort eine Verkürzung der Arbeitszeit durchzusetzen. Kummer (Metallarbeiter) tritt gleichfalls für eine großzügige Werbeaktion der Gewerkschaften neben der parlamentarischen Aktion für den Achtstundentag ein. Reichel (Textilarbeiter) ergänzt die Ausführungen des Genossen Jädel über die Lage in der Textilindustrie. Eggert (Bundessportstand) erörterte die tatsächlichen Möglichkeiten einer Propagandaaktion. Notwendig sei es aber auch darum, weil wir jedes Jahr neuen Zuwachs in den Gewerkschaften erhalten, der noch nicht genügend vertraut ist mit den Bedenkungen der Gewerkschaften und den Erfordernissen des gewerkschaftlichen Kampfes.

Die Debatte war damit geschlossen. Leipart faßte ihr Ergebnis zusammen. Er stellte zunächst mit, daß sich nach den letzten bekannt gewordenen Feststellungen die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland im letzten Monat wieder um 50 000 vermehrt hat. Das müsse die Gewerkschaften erst recht anspornen, das in der Frage der Arbeitszeit gesteckte Ziel mit Mut und Zuversicht zu verfolgen. Eine großzügige Werbeaktion für das Notgesetz, gegen das Ueberstundenwesen müsse nun als eine Aktion der gesamten Verbände begonnen werden. Sie müsse vorgetragen werden mit allen tatsächlichen Möglichkeiten, die je nach den Verhältnissen in den einzelnen Industrien verschieden sein werden, und mit unserer ganzen inneren Begelung. Es darf unter unseren Mitgliedern niemand geben, der nicht weiß, daß eine verkürzte Arbeitszeit die Voraussetzung ist für eine Verbesserung der kulturellen Lage der Arbeiterschaft und daß infolge einer durch Ueberstunden verlängerten Arbeitszeit, durch welche die Arbeiterschaft seelisch und körperlich verkümmert, die Wirtschaft schließlich ernststen Schaden nehmen muß. Leipart schließt mit der

**Bestimmung, daß der Bundesausschuß einig beschließen sei in dem Willen, die Forderungen der Gewerkschaften durchzusetzen.**

Simon (Schuhmacher) gibt sodann noch Aufklärung über die in der Schuhindustrie drohende Aussperrung von 50 000 bis 70 000 Arbeitern. Käme es in nächster Zeit zu diesem Kampfe, so sei er, das müsse der Redner schon jetzt sagen, der Arbeiterschaft aufgezwungen. Leipart antwortete darauf, daß die übrigen Gewerkschaften die Schuharbeiter bei einem solchen Kampfe selbstverständlich nicht im Stich lassen werden. Man wisse, daß es sich für die Schuhmacher hierbei um die Erfüllung sehr berechtigter und in mäßigen Grenzen gehaltener Forderungen handelt, die von der Schuhindustrie ohne Schwierigkeiten bewilligt werden können.

Hierauf machte Genosse Leipart noch Mitteilungen über einige Fragen, die seit der letzten Bundesausschuss-Sitzung den Bundessportstand beschäftigt haben. Nach einer kurzen Aussprache, die sich hieraus ergibt, schließt er die Sitzung.

**Die 'Rote Fahne' schimpft!**

Das ist nichts Neues. Die 'Rote Fahne' schimpft immer. Dies kommt davon, weil sie sonst nichts weiß. Diesmal hat es ihr unsere Feststellung im Beiratsbericht, daß die Kommunisten stark Ueberstunden schieben, Anlaß dazu gegeben. In einer 'Eine Gemeinheit' überschriebenen Notiz, legt sie in beleidigender und in der ihr eigenen massiven Weise gegen den Redakteur unseres Fachblattes los. Sie schreibt u. a.:

Wir erklären die Dresse und Konferten als niederträchtige Schulte und Verteuler, solange sie nicht in aller Deffentlichkeit dem Nachweis erbringen, daß durch die Ueberstundenhiebe strammer Kommunisten 12stündige Arbeitszeit im ganzen Bezirk eingegriffen sei. Den Burtschen soll ihr elendes Spiel nicht so leicht gemacht werden.

Hängen wir zunächst diese niedrige Schimpferei niedriger, damit ein jeder sehen kann, was für 'Gefühlsheben' in der Redaktion der 'Roten Fahne' die Feder führen. Mit Schimpferei sucht die 'Rote Fahne' ihre Schuld — die Schuld der Kommunisten — zu verdecken. Die 'Rote Fahne' braucht sich ja nur im Chemnitzer und Limbacher Bezirk Auskunft von ihren Freunden zu holen, dann wird sie finden, daß die Behauptung, die wir in unserem Beiratsbericht aufstellten, der Wahrheit entspricht. Daß diese Ueberarbeit im Mantelarif verankert ist, ist ein Unfuss, denn nur ein kommunistischer Redakteur nur Opfer fallen kann. In den beiden angelegenen Bezirken ist durch die Tätigkeit der Kommunisten die Organisation der Textilarbeiter zerfallen worden. Die Folge zeigt sich jetzt in dieser anarcho-sindicalistischen Ueberstundenarbeit. Die kommunistische Partei trägt die volle Verantwortung für diese Verhältnisse. Diese einfache Tatsache wird die 'Rote Fahne' nie durch Schimpfen aus der Welt schaffen können. Im weiteren stellt die 'Rote Fahne' die Dinge so hin, als hätten wir gegen unsere kommunistischen Mitglieder irgendwelche Vorwürfe erhoben. Hier fällt die 'Rote Fahne'. Wir hatten lediglich die Tatsache festgestellt, daß kommunistischen Ueberstunden schieben. Im übrigen sind in diesen Bezirken Kommunisten selten organisiert. Soweit sie organisiert sind, tun sie ihre Pflicht innerhalb des Verbandes.

**Ein Wort an die Alten.**

Von „Unus“.

1.

Immer wieder wird die Frage des Zusammenschlusses aller Arbeitenden erörtert werden müssen. Vermittels Organisation soll der Zweck erreicht werden, gute Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen und somit dem schaffenden Volke eine angemessene Lebensführung zu ermöglichen. Gewiß, dieser Gedanke ist so einfach, und man müßte ihn begriffen haben, auch wenn man in der Schule nicht die wunderbüßische Fabel von dem unzerbrechlichen Bündel Stäbe gelernt hätte. Bekanntlich hatte ein fluger Bauer und besorgter Vater seine Söhne einmal zu folgender Trittdorführung eingeladen: Er bündelte sieben Stäbe (so hoch war die Zahl seiner Söhne) fest zusammen und ersuchte dann seine Sprößlinge nacheinander, dem Bündel den Garaus zu machen, das heißt, es zu zerbrechen. Einer nach dem andern maß seine Kräfte an der gestellten Aufgabe — aber ohne Erfolg. Mit wichtiger Miene erklärte ihnen nun ihr Erzeuger das tiefe Geheimnis: Kein Mensch könne dem Bündel etwas; sobald man es aber aufhöbe und die Stäbe einzeln übers Anie nehme, seien sie leicht zu zerbrechen. Und er empfahl ihnen als Nutzenanwendung, daß sie immer in gleicher Weise zusammenhalten mögen.

Um den Zweck einer angemessenen Lebensführung aller Werttätigen voll zu erreichen, sehen die freien Gewerkschaften allerdings ihre Arbeiten noch nicht darin erschöpft, sich nur um höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit zu bemühen. Ihr Streben geht weiter. Sie wissen, daß es unter dieser Wirtschaftsweise niemals gelingen wird, dem werttätigen Volke ein ruhiges Schaffen mit einem guten Ertrage seiner Arbeit zu ermöglichen. Solange der gewaltige Produktionsapparat, den wir in Bewegung setzen, nur einzelnen gehört, die auch den daraus fließenden Gewinn für sich benutzen, wird das Wirtschaftsleben immer Erschütterungen ausgekehrt sein. Es folgt daraus die Notwendigkeit, jenen Einzelbestehern die Besorgung, so zu wirtschaften wie sie wollen, zu entziehen und die Herrschaft über den Produktionsapparat der Allgemeinheit zu übertragen. Die Produktion der Güter soll dann nach den wirklichen Bedürfnissen erfolgen, was bis jetzt noch verhindert wird.

Indem wir diese bekannten Dinge berühren, scheint es uns notwendig, darauf hinzuweisen, daß man mehr als bisher sein Augenmerk auf die Jugendlichen, die im Erwerbleben stehen, richten sollte, um ihnen diese Erkenntnis so früh wie möglich zu vermitteln.

2.

Und wenn die Alten versuchen, den Jugendlichen näherzukommen, so ist es wohl nötig, sich mit einem geschärften Bewußtsein darauf einzustellen, daß diese mit einer besonderen Rücksicht behandelt werden müssen. Sie ahnen erst dumpf, was bei den Alten bereits reifste Erkenntnis ist. Das Blut spricht dort noch schneller durch die Adern als hier — das ist schon eine rein biologische Verschiedenheit. Dieser Umstand muß von vornherein beachtet werden, sobald sich ein Jüngling mit einem Jugendlichen abgibt. Viele von jenen berückelungen ihn nicht immer; sie verlangen, daß der Jugendliche sich sofort ihnen anpassen müsse. Wenn wir sagen möchten, daß es vielmehr umgekehrt sein sollte, so meinen wir es natürlich nur in dem Sinne, daß der Ältere, der ja nun auch einmal jung war und deshalb das Gefühlleben des Jüngeren kennen muß, ihn mit viel Verständnis behandle, mit feinstem Empfinden sein Seelenleben zu durchforschen sucht, um auf diese Weise seine Weiterentwicklung in die Richtung leiten zu können, die der Alte dem Jungen wünscht. Es fällt uns doch niemals ein, Blumentospen, die sich eben öffnen wollen, mit rauher Hand auseinander zu zerbrechen, um etwa ihren Entwidlungsgang zu beschleunigen. Das Pflanzengeschöpf würde sterben. Junge Menschen werden manchmal nicht nur rauh, sondern roh angefaßt. Sie sterben zwar nicht, aber eine gute Wirkung auf ihr geistiges Fortkommen wird jedenfalls nicht damit erzielt.

3.

Wir wollen noch ein wenig deutlicher werden. Hatten wir weiter oben nur ganz allgemein festgestellt, wie das Verhältnis zwischen jung und alt sein soll, so möchten wir auf keine besondere Wichtigkeit in der Arbeiterbewegung hinweisen. Wir wünschen, daß unsere Bewegung mindestens solange ihre Kraft behält, bis das Ziel (das oben ange deutete) erreicht ist. Was ergibt sich daraus? Daß der Bewegung immer wieder junge Kräfte zugeführt werden, die ihr neues Blut und neues Leben verleihen.

Mit dem Zuführen allein ist es auch noch nicht getan. Diese jungen Kräfte gleichen unbefruchteten Blättern, auf die das Programm der modernen Arbeiterbewegung niedergelegt werden soll:

„Das Papier ist ohne Matel,  
Doch die Schrift darauf seid ihr!  
Wenn die Schrift nicht jüst erbautet,  
Nun, was kann das Blatt dafür?“

Das ist es, was wir wohl beachten müssen, wenn wir den jungen Arbeiter, die junge Arbeiterin für uns gewinnen wollen, und zwar für dauernd. Den Alten obliegt eine schwere Pflicht. Denn es ist keine geringe Arbeit, die Jugend zu belehren und mit allem vertraut zu machen, was sie wissen muß. (Schluß folgt.)

**FRAUENTEIL**

**Die Frau im Kampf ums tägliche Brot.**

Die gesamte Arbeiterschaft steht im schärfsten Kampf um ausreichenden Lohn und angemessene Arbeitszeit. Gilt es doch die Existenz des einzelnen nur einigermaßen sicherzustellen.

Das deutsche Unternehmertum ist in festen Kartellen zusammengeschlossen, um nach jeder Richtung hin seinen Einfluß geltend machen zu können. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und der Reichsverband der deutschen Industrie benutzen ihre Machtstellung, um die Reichsregierung in den Fragen des Lohnes und der Arbeitszeit und in wirtschaftspolitischen Fragen zu beeinflussen.

Die gesamte Arbeiterschaft und vor allen Dingen die auf Erwerbsarbeit angewiesenen Frauen haben alle Veranlassung, dieses Wirken einer Interessengruppe aufmerksam zu verfolgen und ihm Widerstand entgegenzusetzen. Es darf von den Frauen nicht erklärt werden, wie man es leider so manchemal hört: wir überlassen es den Männern, den Widerstand aufzubringen und schließlich uns ihnen an. Gerade die Frau muß hier ihr gewichtiges Wort und vor allem ihre Tat mit in die Waagschale werfen, denn sie ist es, die für die Verteilung des täglichen Brotes in der Familie zu sorgen hat. Gemeinsames Streben nach besserer sorgenfreier Existenz muß Frauen und Männer befehlen.

**Weihnachtsglocken!**

Von Jürgen Brand.

Es buffelt wieder noch Lannenbäumen,  
Viel Menschen träumen den Weihnachtstraum.  
Die Glocken läuten vom Turme.

Die Frommen strömen zur Kirche hinein;  
Der Priester gibt seinen Segen dorein.  
Die Glocken läuten vom Turme.

Da drinnen leiert der fromme Chor.  
Und draußen reißt es sich drohend empor.  
Die Glocken läuten vom Turme.

Sie rufen gellend ins Land hinein:  
Viel tausend Menschen nach Brote schrei'n!  
Die Glocken läuten vom Turme.

„Wir haben gearbeitet, Mann und Weib,  
Für euren müßigen Zeitvertreib!  
Die Glocken läuten vom Turme.“

„Wir schaffen für euch auf des Lebens Höhn,  
Und müssen hungern und betteln geh'n!  
Die Glocken läuten vom Turme.“

Und großend schwillt es von Stadt zu Stadt:  
„Wir haben das Hungern und Betteln satt!  
Die Glocken läuten vom Turme.“

Und immer wächst noch das hungrige Heer,  
Kein Rückwärts gibt es, kein Halten mehr.  
Die Glocken läuten zum Sturm!

Der braufend der Arbeit Volk befreit,  
Auf ehernen Schwingen der neuen Zeit!  
Die Glocken läuten zum Sturm!

Neben den ledigen Arbeitsträften steht ein beträchtlicher Teil verheirateter Frauen im Erwerbleben. Es besteht kein Zweifel, daß der größte Teil der verheirateten Frauen in die Fabrik geht, weil die bitterste Not in der Familie sie dazu treibt. Die Notwendigkeit, immerwährend zu rechnen, das Knausern, wenn der Wochenverdienst des Mannes die alleinige Einnahmequelle darstellt, bringt die Frau dahin, selbst in die Fabrik zu gehen, um zu verdienen. Neben den ledigen weiblichen Arbeitsträften und den verheirateten Frauen, deren Männer vielleicht arbeitslos sind, stehen die Witwen, die um ihre und ihrer Kinder Existenz schwer in den Fabriken arbeiten müssen. Die eventuelle geringe Rente und der geringe Verdienst in den Fabriken sorgen schon dafür, daß Schmalhans Küchenmeister bleibt.

Angesichts dieser Verhältnisse mußte es selbstverständlich sein, daß alle Arbeiterinnen, ganz gleich, ob ledig, verheiratet oder verwitwet, es sich zur Lebensaufgabe machen, durch Eintritt in die freigewerkschaftliche Organisation, Seite an Seite mit den Männern, für bessere Lebensbedingungen, für eine sorgenreichere Zukunft zu kämpfen. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung, die den Arbeiter wie die Arbeiterin dazu verurteilt, ihre Arbeitskraft dem kapitalistischen Unternehmern zu verkaufen, in seinem Dienste für niedrigen Lohn zu schaffen, ist keine unabänderliche. Es ist nicht notwendig, daß die Massen des arbeitenden Volkes in schwerer Fron arbeiten, Entbehrungen und Not leiden müssen, nur damit eine kleine Oberschicht von Besitzenden in Luxus und Wohlleben schmelgen kann. Der großen Masse der Besitzlosen ist es nicht verdammt, in jene höheren Regionen der menschlichen Gesellschaft aufzusteigen, mit ihnen an den feineren Lebensgenüssen unserer fortgeschrittenen Kultur teilzunehmen. Sie bleiben Proletarier!

Gegen diesen ungerechten Zustand kämpfen die Gewerkschaften an. Nicht nur dadurch, daß sie die Beseitigung dieser widersinnigen Gesellschaftsordnung anstreben, sondern auch innerhalb ihres Rahmens eine Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen durch die Einschränkung des Ausbeutungsrechts der Unternehmer zu erreichen suchen. Der einzelne Arbeiter, die lediglich auf sich angewiesene Arbeiterin, ist dazu nicht imstande. Sie sind dem Unternehmer gegenüber machtlos. Dagegen bilden sie vereinigt, mit ihren Arbeitskollegen und -kolleginnen zusammengefaßt, eine Macht, die auch das Unternehmertum zur Berücksichtigung der Arbeiterforderungen zwingt. Diese Vereinigungsmöglichkeit bieten der Arbeiterschaft die Gewerkschaften, die sich aus Solidaritätsgefühl der Massenbewußten Arbeiter und Arbeiterinnen unter schwersten Kämpfen mit dem Unternehmertum zu großen, starken Verbänden entwickelt haben und mit steigendem Erfolg dessen Ausbeutungsgefühlen entgegenreten. Was im Laufe der Jahre in der Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, an Arbeiter- und Arbeiterinnenschulung, Verkürzung der Arbeitszeit, sozialer Fürsorge, Kranken-, Invaliden-, Unfall- und Erwerbslosenversicherung geschaffen wurde, haben die Arbeiter und Arbeiterinnen neben der politischen Arbeiterbewegung ausschließlich den Gewerkschaften zu

verdanken. Wenn heute die organisierte Arbeiterschaft dem Unternehmertum nicht mehr vollständig macht- und rechtlos gegenübersteht, ihr in allen Widerwärtigkeiten des Wirtschaftslebens ein Rückhalt geboten wird, so sind es wiederum die Gewerkschaften, die ihr denselben verschaffen.

Das haben sehr viele Arbeiterinnen noch nicht begriffen. Achlos gehen sie an der Tätigkeit der Gewerkschaften vorüber, nicht bedenkend, wie schwer sie sich damit nicht nur selbst, ihre Familie, sondern auch ihre Klassengenossen und -genossinnen schädigen. Bisher haben die Unternehmer die weibliche Arbeitskraft als das willkommene Ausbeutungsobjekt betrachtet, weil sie hierbei auf den geringsten Widerstand stoßen und weil der Organisationsgedanke bei den Arbeiterinnen nicht so lebendig ist wie bei den Männern. Deshalb allein sind auch ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen wesentlich rückständiger. Soll dies anders und besser werden, dann müssen sich auch die Arbeiterinnen aufrufen, ihrer Organisation anzuschließen, vereint mit ihren männlichen Kollegen um die Besserung ihrer sozialen Lage, um ihre wirtschaftliche Gleichberechtigung und ein menschenwürdiges Dasein zu kämpfen. Alle diejenigen Arbeiterinnen, die der Organisation noch fernstehen, müssen endlich erkennen, daß auch sie in diesem Kampf nicht fehlen dürfen. Auch sie haben schwer zu kämpfen ums tägliche Brot, auch sie leiden sehr unter den bestehenden Verhältnissen, haben viele Wünsche und Forderungen sowie Sehnsucht nach einer besseren Zukunft. Dieses kann selbstverständlich nur in Erfüllung gehen, wenn alle Textilarbeiterinnen erkennen, daß sie verpflichtet sind, der Organisation beizutreten, daß nur durch einiges und geschlossenes Vorgehen in dem schweren Kampf der Siege errungen werden kann.

Darum: hinein in den Deutschen Textilarbeiterverband!

**Ein sogenanntes 'Fabrikgesetz' in England.**

Eine geraume Zeitlang galt Deutschland als das Land mit der besten Arbeiterschutzgesetzgebung. In den letzten Jahren sind wir jedoch in dieser Beziehung von einer ganzen Reihe Staaten überflügelt worden. Man denke beispielsweise nur daran, welche Mühe es macht, in Deutschland eine einigermaßen auskömmliche Versorgung der Erwerbslosen zu schaffen. Der gesamten deutschen Arbeiterschutzgesetzgebung haftet ein großer Mangel an. Es ist dies die Zerplitterung der geschaffenen Vorschriften und Schutzmaßnahmen in einzelne Gesetze. Für jeden Zweig des Arbeiterschutzes und der Arbeiterwohlfahrt ist in Deutschland ein besonderes, meist sehr unverständliches und schwer verständliches Gesetz geschaffen. Andere Gesetze dieser Art (Arbeitszeit, Arbeitsgerichte usw.) sind in Vorbereitung. Diese Zerplitterung wirkt nicht gerade günstig auf die Entwicklung und auch auf die Ausübung des Arbeiterschutzes. Für den Arbeitnehmer selbst ist es eine Unmöglichkeit, aus den verschiedensten Vorschriften und Gesetzen die für ihn geltenden Bestimmungen herauszufinden. Andere Länder sind in dieser Beziehung viel weiter. Es sei an dieser Stelle nur an das englische Fabrikgesetz erwähnt, mit dem wir uns etwas näher beschäftigen wollen.

Das Unterhaus in England hat im August dieses Jahres den Entwurf eines „Fabrikgesetzes“ (Factories Bill 1926) eingebracht. Dieser Gesetzentwurf ist noch nicht endgültig. Die betreffenden Kreise sollen sich erst zu dem Entwurf im Laufe des kommenden Winters äußern. Der Entwurf sieht insofern einen großen Fortschritt in der Sozialgesetzgebung Englands und auch der anderen Länder an, Staaten vor, als in dem Gesetz alle Fragen und Vorschriften gefunden haben, die für den Schutz der Gesundheit und des Lebens der Arbeitnehmer in den Fabriken angebracht und notwendig sind. Es fällt somit die Zerplitterung in die verschiedenartigsten Gesetze und Vorschriften fort. Ausgenommen ist lediglich die Regelung der Arbeitszeit für männliche Arbeiter. Das Gesetz selbst ist auf alle Arten von Fabriken. Der erste Teil des Gesetzes enthält Bestimmungen über die gesundheitliche Verhältnisse in den Betrieben. Für die Reinigung (Waschen von Händen, Fußböden usw.) sind genaue Vorschriften getroffen. Für jeden Arbeitnehmer wird im Arbeitsraum ein Luftstrom von 400 Kubikfuß verlangt. In besonderen der Gesundheit gefährlichen Betrieben (in dieser Hinsicht im guten Zustande, die Arbeitsräume genügend warm sein. (Schluß folgt.)

